

USA mißtrauen Chruschtschow

Nach der sowjetischen Erklärung über einseitige Abrüstung

Washington (ap). Chruschtschows Neujahrsandeutungen vor sowjetischen und ausländischen Gästen im Kreml über die Möglichkeit einer einseitigen sowjetischen Abrüstung sind in der amerikanischen Bundeshauptstadt mit ziemlicher Reserve aufgenommen worden. Obwohl man sich noch kein endgültiges Urteil über die Bedeutung des Hinweises des sowjetischen Regierungschefs gemacht hat, ist man in amerikanischen Regierungskreisen geneigt, sie als propagandistische Vorbereitung der kommenden Abrüstungsgespräche zu werten.

Chruschtschow hat bei einem Neujahrsempfang in Moskau zunächst auf seinen Totalabrüstungsplan verwiesen und dann die rhetorische Frage gestellt, ob die Sowjetunion nicht ihrerseits ihre Streitkräfte vermindern und die „Verteidigung ihrer Grenzen Raketen anvertrauen“ solle, wenn die „Exponenten des kalten Krieges endlose Diskussionen“ über die Abrüstung auslösen sollten.

Amerikanische Regierungsvertreter verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, daß die Sowjets bereits bei mehreren Gelegenheiten behauptet haben, sie hätten ihre Landstreitkräfte

vermindert. Da die ursprüngliche Stärke dieser sowjetischen Einheiten nicht bekannt sei, so wurde erklärt, könnte man kaum entscheiden, ob sie auch wirklich reduziert worden seien.

Im übrigen lägen Chruschtschows letzte Andeutungen — so hört man in Washington — durchaus auf der Linie, auf der sich bereits früher der sowjetische Kurs in Abrüstungsdiskussionen bewegte: „Zunächst abrüsten. Über die Kontrolle ist später zu sprechen.“ Demgegenüber haben die Westmächte immer wieder auf ihre hervorragende Bedeutung einer wirklichen Kontrolle verwiesen.

im Juni den Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow erwidern und in die Sowjetunion reisen. Neben der Teilnahme an der Pariser Gipfelkonferenz dürfte der amerikanischen Präsident weitere Auslandsreisen unternehmen, die ihn wahrscheinlich nach Südamerika und möglicherweise in pazifische Länder führen werden.

Bestellte Aktionen gegen Bonn

Bonn (ap/dpa). Die Bundesregierung hat in einer offiziellen Erklärung mitgeteilt, es lägen Anzeichen dafür vor, daß die Schändung von Kultstätten und die Besudelung von Gebäuden „Teile einer geplanten Aktion sind, die die Bundesrepublik in den Augen der Weltöffentlichkeit diffamieren soll“. Die deutschen Polizeibehörden seien intensiv dabei, die „Drahtzieher dieser Aktion“ festzustellen. Der Weltöffentlichkeit versicherte die Bundesregierung, daß „nirgendwo die Empörung über die Freveltaten so intensiv und allgemein ist, wie gerade in der Bundesrepublik“.

1960 — politisches Reisejahr

Chruschtschow und Eisenhower nach Fernost

London / Washington / Moskau (dpa/ap/upi). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow wird möglicherweise im Laufe des Jahres London einen Besuch abstatten. Dies geht aus britischen Zeitungsberichten hervor, die davon sprechen, daß Premierminister Macmillan eine Einladung Chruschtschows nach Großbritannien erwäge.

Das Jahr 1960 im Zeichen einer verstärkten Reisediplomatie der Staatsmänner. Chruschtschow wird Indonesien im Februar einen Besuch abstatten. Dies teilte ein Sprecher der Regie-

rung in Jakarta mit. In Neu Delhi wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Chruschtschow auf der Heimreise von Indonesien auch in Indien Station macht. In den westlichen Hauptstädten, vor allem in London, wird außerdem damit gerechnet, daß Chruschtschow Rotchina vor dem Gipfeltreffen in Paris einen Besuch abstatten und eine Konferenz führender Politiker des Ostblocks nach Moskau einberufen wird.

Präsident Eisenhower wird nach Mitteilung seines Außenministers Herter wahrscheinlich

Vor neuen Weltraumflügen

Moskau (ap). Der Schöpfer der sowjetischen Sputniks, Professor Sedow, hat für 1960 „neue wagemütige Flüge in den Weltraum und neue Entdeckungen“ angekündigt. In einem Artikel in der Parteizeitung „Prawda“ nennt Sedow als die nächsten Ziele der Wissenschaftler interplanetarische Flüge, Flüge zu nahen Planeten und zur Sonne.

Blick nach vorn

DT. Nicht nur ein neues Jahr — ein neues Jahrzehnt ist zu begrüßen. Man möchte es besonders willkommen heißen, wenn man daran denkt, was uns das bisherige Jahrzehnt versagt hat. Und natürlich wünscht man dazu, daß es fortsetze und womöglich noch steigere, was das zu Ende gehende an Ansehen, Achtung und Besitz gebracht hat. Mr. Gallup hat die Amerikaner befragt, was sie von dem künftigen Jahrzehnt erwarten. Er soll erstaunt gewesen sein, als sie fast alle der Meinung waren, eine Vergrößerung und Erweiterung jenes wohl dotierten Friedenshaushaltes, der sie heute zum wohlhabendsten Land der Welt macht, sei das Natürlichste. Glückliches Amerika, das so selbstsicher im Reich seiner Leistungen und Traditionen ruht. Könnten dies in gleichem Maße die anderen Völker wünschen, selbst die, die mit Amerika im Bündnis sind?

Machen wir uns nichts vor: die Lust am eigenen persönlichen Wohlstand verdunkelt in manchem von uns die Erkenntnis, daß wir noch lange nicht fertig sind, eine große Last abzutragen. Das Jahr, in das wir jetzt hineingehen, wird aber den vielen, die nur die goldenen Ränder unseres prosperierenden Staates sehen, nüchternen Respekt abnötigen. Niemand kann sagen, ob sich der Kalender nach der Wendemarke richtet, die ein neues Jahrzehnt aufstellt. Doch zu erkennen, daß in dem ersten Jahr dieses neuen Jahrzehnts Probleme auf uns zukommen, die wir in den vorangegangenen Jahren entweder vertagen oder gar übersehen konnten — dazu gehört nicht viel Prophetengabe. Wir werden gewiß auf unseren imponierenden sozialen und wirtschaftlichen Gerüsten weiterbauen können. Und der gute Geist unserer Wirtschaftsoptimisten wird sich nicht zu verdüstern brauchen, sosehr wir auch im kommenden Jahr den Mut zu gesetzlichen Einschnitten auf sozialem und kulturpolitischem Gebiet von größter Tragweite haben müssen. Dem Staat der maximalen wirtschaftlichen Leistung und des denk-

bar größten sozialen Ausgleichs können wir, wenn auch mit Spannungen, im neuen Jahr noch ein gutes Stück weiter entgegenkommen.

*

Anderes aber wird unsere Bürger erschüttern. Es wird von außen kommen: von der sich deutlich verändernden außenpolitischen Situation, also von der Veränderung des weltpolitischen Standortes Deutschlands. Wir geben nicht viel auf die Schlagworte und Phrasen, die zur Einschläferung der westlichen Wachsamkeit von Zeit zu Zeit in der sowjetischen Küche gekocht werden. Doch niemand soll verkennen, daß die Krenlparole von der Entspannung diesmal aus mancherlei Gründen auf eine Bereitschaft auch der maßgebenden westlichen Völker und Politiker gestoßen ist. Es ist zweierlei, ob Eisenhower Entspannung sagt oder Chruschtschow. Aber das Unglück will es, daß eine Menge Leute, Verzichtpolitiker aus Neigung und Beruf, lauthals davon träumen, diesmal sei, zum ersten Male, Entspannung und Entspannung dasselbe. Wäre es so, dann stünde das neue Jahr für uns von vornherein unter einem günstigen Stern. Leider aber haben wir zu unseren vielen anderen Sorgen als Hauptsorge für dieses Jahr eine neue aufgebürdet bekommen. Uns droht ein weltpolitisches Desinteressement. Wir geraten in Gefahr, mit unserer Schicksalsfrage uninteressant zu werden. Der Wunsch nach Entspannung läßt an vielen Stellen der Welt das deutsche Problem lästig erscheinen.

*

Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden: das war die Erkenntnis bisher, aus der heraus der Westen mit dem Osten verhandelte, sprach, — oder auch das Gegenteil davon tat. Chruschtschows Entspannungs-These aber will die Deutschlandfrage einfrieren lassen. Seine „Realitäten“, zu denen er die Entspannungswilligen verpflichtet will, sind die „zwei Staaten“ bis zum kommunistischen Nimmerleinstag. Er geht noch einen Schritt weiter. Er möchte die Schuld an der Unruhe in der Welt, die in der deutschen Teilung liegt, der stark gewordenen und sich mit

allen Rechten und Pflichten ins Westbündnis eingliedernden Bundesrepublik zuschieben. Diesen Schritt tut er einstweilen freilich vorsichtig; denn er möchte ja die zur Entspannung antretenden Westmächte nicht von vornherein hellhörig machen.

*

Wenn die Westmächte auch der Chruschtschowschen Absicht, das Deutschlandproblem ad acta zu legen, nicht tatsächlich nachkommen, so gibt es doch Imponderabilien, die seine Politik begünstigen. Das amerikanische Wahljahr ist eines davon, und ein anderes der Wunsch der Engländer, endlich die Initial-Mission Macmillans vom vorigen Februar durch ein anderes Klima honoriert zu sehen. Man darf nicht erwarten, daß die westlichen Völker für die deutsche Einheit auf die Barrikaden gehen. Man darf es vor allem dann nicht mehr, wenn sie anfangen sollten zu erkennen, daß man mit den zwei deutschen Staaten nicht nur gut in der Welt leben kann, sondern womöglich noch einen freundwilligen Chruschtschow dafür geschenkt bekommt. Es ist natürlich, daß die Menschen in den Völkern ebenso wie viele Deutsche auf Sicherung und Mehrung ihres Wohlstandes mehr bedacht sind als darauf, zu erkennen, welche enormen Gefahren ihnen aus Verewigungen von politischen Unrechtszuständen erwachsen.

*

Von den Völkern werden wir also je länger, je weniger Hilfe für unsere Aufgabe erwarten können. Um so mehr haben wir eine ungleich größere eigene Anstrengung dafür nötig. Wenn es bisher gelungen war, die Westmächte zu Sprechern für unsere Daseinsfrage zu machen, so war dies ein hervorragendes, ja, das hervorragendste Stück deutscher Außenpolitik. Vielleicht haben wir nicht geglaubt, daß dies einmal schwerer werden könnte. Nun aber ist es soweit. Der Bundeskanzler mag den Westmächten mit seiner insistierenden Beharrlichkeit oft lästig gefallen sein. Er wird, wenn die Sache Deutschlands nicht auf das Abstellgleis der Geschichte geschoben werden soll, bei unseren Freunden nun noch härter, entschlossener als je auftreten müssen.

Ermutigung für Mitteleuropa

Von Bundesminister a. D. Jakob Kaiser

Kein Deutscher, der sich dem Schicksal seines Volkes verbunden fühlt, erlebt sorglosen Sinnes den Jahresübergang 1959/60. Sicherlich sehen wir mit Erleichterung den für das kommende Jahr vorgesehenen politischen Konferenzen entgegen; denn daß sie stattfinden, ist allein schon ein Zeichen dafür, daß nicht nur die Völker nach Entspannung verlangen, sondern daß die Staatsmänner der Welt die Notwendigkeit begreifen, dem Verlangen ihrer Völker mit positiven Versuchen zu begegnen. Das gilt sicherlich für die Staatsmänner der freien Welt, die stärker als die verantwortlichen Politiker in den Diktaturen auf Weisung und Willen ihrer Völker zu achten haben. Aber es scheint auch für den verantwortlichen Mann der Sowjetunion, für Chruschtschow, zu gelten. Jedenfalls könnte man nach seinem Verhalten seit der Genfer Konferenz darauf schließen, daß es ihm mit dem Abbau des kalten Krieges bis zu einem gewissen Grade ernst sein könnte.

Niemand würde es mehr begrüßen als unser Volk, wenn die für das Jahr 1960 vorgesehenen Konferenzen den greifbaren Beweis erbringen würden, daß es mit dem Entspannungswillen Ernst ist; denn wir sind uns vielleicht mehr noch als andere Völker des Verhängnisses bewußt, das hereinbrechen könnte, wenn der kalte Krieg kein Ende nähme. Aber wir können die Schatten nicht übersehen, die gerade für unser Volk über dem Beginn des Jahres 1960 liegen. Sicherlich ist die Drohung, die seit Ende 1958 für unsere Hauptstadt Berlin bestand, nicht Wirklichkeit geworden. Westberlin ist frei geblieben. Stärker denn je steht es nach dem sowjetischen Ultimatum als freier Teil Deutschlands im Bewußtsein der ganzen Welt. Und stärker denn je ist Berlin heute Rückhalt, Hoffnung und Ermutigung für unsere 17 Millionen in Mitteleuropa. Aber noch ist die Drohung vom November 1958 nicht zurückgenommen. Und es wird aller

Härte und Entschlossenheit nicht nur der Berliner, nicht nur der Deutschen, sondern der gesamten freien Welt bedürfen, um die Freiheit Berlins für die Zukunft zu bewahren. Wir vertrauen darauf, daß die freie Welt sich der Notwendigkeit bewußt ist, daß die Bewährungsprobe, die Berlin bedeutet, bestanden werden muß.

Dieses Vertrauen ist vielleicht die einzige Ermutigung für die 17 Millionen in Mitteleuropa und für alle Deutschen, die sich ihrem Schicksal verbunden und für ihre Wiedervereinigung mit uns verantwortlich fühlen. Kurz vor dieser Jahreswende wurden von dem indischen Ministerpräsidenten Nehru Worte gesprochen, die in jedem Deutschen bitter nachklingen. Die Worte wurden zwar später diplomatisch abgeschwächt, aber ihr Tenor, daß niemand die Wiedervereinigung ernstlich wolle, blieb bestehen. Wir wissen, daß im Bewußtsein der Völker nicht nur im Osten, sondern auch im Westen noch manche Hemmungen für die Wiedervereinigung unseres Landes bestehen. Was in bezug auf unser Anliegen über Inhalt und mutmaßlichen Verlauf der kommenden Konferenzen gesagt wurde, war nicht allzu verheißungsvoll. Um so mehr sollten

die Worte Nehrus an der Jahreswende im Bewußtsein aller Deutschen stehen. Mag man sie — was die Haltung unseres eigenen Volkes angeht — nun gerechtfertigt oder ungerechtfertigt empfinden, auf jeden Fall sollten wir sie als Mahnung hinnehmen, die Sache unserer Wiedervereinigung mit den 17 Millionen in Mitteleuropa vor der Welt so einzig zu vertreten, daß man im Osten und Westen erkennt: Es gibt kein Ausweichen vor dem Willen der Deutschen, in Freiheit wieder ein geeintes Volk zu werden, es sei denn, man wolle die Gefahren heraufbeschwören, die eine gewaltsam aufrechterhaltene Teilung einschließt.

Wollen wir das erreichen, so bedarf es vor allem der Sammlung der politischen Kräfte auf dieses Ziel. Wer sich den Deutschen in der Zone lebendig verbunden geblieben ist, weiß, daß die Sammlung aller Deutschen, daß ihre Verständigung untereinander über Weg und Willen zur Wiedervereinigung die einzige aber auch die dringlichste Ermutigung ist, die wir ihnen an dieser Jahreswende als Gruß bieten können. Wir können nur wünschen, daß diese Erkenntnis über der Jahreswende steht und daß sie sich im Jahr der Konferenzen durchsetzt.

„Prawda“ muß sich berichtigen

Zurücknahme der Atom-Vorwürfe gegen USA

Moskau/Washington (upi). Die Sowjetunion hat sich indirekt von ihrem Vorwurf distanziert, die USA hätten kürzlich unterirdische Kernwaffenversuche unternommen und damit die stillschweigende Übereinkunft der Großmächte über eine Aussetzung der Versuche gebrochen. Die Beschuldigung war am Mittwoch von parteiamtlichen „Prawda“ erhoben und noch am gleichen Abend vom US-Außenministerium mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden.

Die „Prawda“ korrigierte ihre Beschuldigung indirekt in einem Interview mit Professor Fedo-

row, einem führenden sowjetischen Atomexperten. Fedorow sprach in dem Interview von „einigen chemischen Explosionen, die Kernwaffenexplosionen ähneln sollten“, die in letzter Zeit in den USA unternommen worden seien.

Aus dem Interview ging zugleich hervor, daß die Sowjetunion bei der Genfer Atomkonferenz nicht zu einem Entgegenkommen gegenüber den Westmächten bereit ist.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Berlin — Hauptstadt der deutschen Not

Kardinal Döpfner fordert Freizügigkeit — Kritik am Nihilismus in der Kunst

Berlin (Eigenmeldung). Der katholische Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, hat in seiner Silvesterpredigt in der Wilmersdorfer St.-Ludwig-Kirche betont, über der erfreulichen Aufwärtsentwicklung auf vielen Gebieten dürfe nicht vergessen werden, daß Berlin noch immer die „Hauptstadt der deutschen Not“ sei.

Nachdrücklich setzte sich der Kardinal für die volle Freizügigkeit zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein, weil dies ein wichtiger Bestandteil menschlicher Freiheit sei. Er wandte sich gegen die Behauptung, die Kirche fördere die Fluchtbewegung von Ost nach West. „Wie sollte sie, um von anderem zu schweigen, so töricht sein und die Schwächung ihrer eigenen Gemeinden wünschen“, sagte der Bischof. Die Kirche werde sich aber auch weiterhin all derer seelsorglich annehmen, die den Weg der Flucht gewählt haben.

Ausführlich setzte sich der Kardinal mit dem Problem der Freizeit auseinander, das neben den sozialen Nöten besondere Aufmerksamkeit verdiene. Er warnte vor der Flucht in das Übermaß ständig neuer Reize und dem falschen Gebrauch von Fernsehen, Film und anderen geistigen Massenkonsumgütern, ebenso auch vor der Flucht in Alkohol, Nikotin und „Pansexualismus“. Der Bischof kritisierte den Zug zum Nihilismus

in der Kunst und bedauerte, daß die Theater zuwenig moderne, von klarer Lebensbejahung getragene Stücke brächten. Von einem echten Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung mit der Welt und dem Menschenbild des dialektischen Materialismus könne keine Rede sein. Während der dialektische Materialismus mit allen Mitteln der Kunst seine Botschaft zu verbreiten suche, gingen im Westen viele so weit, daß sie der Kunst jede echte lebensformende Aufgabe abstritten. Gerade hier, so betonte der Bischof, hätte Westberlin eine wegweisende Aufgabe.

Zu Beginn seiner Predigt hatte Döpfner betont, vieles, was er den Westberliner Katholiken sage, gelte auch für den Ostteil des Bistums. „Die Kirche wirkt in beiden Teilen unseres Vaterlandes, so wie Ort und Stunde es fordern, doch im Wissen um ihre übergreifende Verantwortung läßt sie sich nicht eingrenzen und einseitig festlegen.“

men aller Berliner und darüber hinaus aller Deutschen aussprechen zu dürfen, daß wir ein Herz und eine Seele sind, wenn es gilt, die Freiheit der alten und künftigen Hauptstadt eines geeinten deutschen Volkes zu behaupten.

Unsere westlichen Freunde haben sehr wohl erkannt, daß

„Einig und unbeugsam“

Zum Jahreswechsel hat der Regierende Bürgermeister

Brandt in einer Rundfunkansprache das deutsche Volk aufgerufen, einig und unbeugsam in dem Willen zu bleiben, die Einheit des Vaterlandes wiederherzustellen. „Wir können“, fuhr Brandt fort, „den Blick in die Zukunft in der Überzeugung richten, daß wir auf dem richtigen Weg sind.“ In den folgenden Monaten werde es darauf ankommen, die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit auszuwerten. Berlin habe die Krise des Jahres 1959 gut überstanden. Die Welt wird die Stadt auch in Zukunft nicht im Stich lassen.

in Berlin die Freiheit der westlichen Welt verteidigt wird. Sie teilen mit uns die Überzeugung, daß ein wahrer Friede, den wir alle erstreben, nur dann verwirklicht werden kann, wenn er auf den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruht. Das gilt für Berlin und Westdeutschland ebenso wie für die Lösung der meisten territorialen und inneren Probleme, die heute das Verhältnis zwischen der freiheitlichen Welt und der Sowjetunion vergiften. So bedeutet der Kampf um die Freiheit aller Menschen zugleich ein Ringen um den ersehnten wirklichen Frieden, dessen die Welt so sehr bedarf. Wir jedenfalls, die wir die tragische Situation der Spaltung unseres Vaterlandes täglich erleben, werden nie nachlassen, denen ins Gewissen zu reden, die diese Wahrheit nicht erkennen wollen. Bleiben wir auch im neuen Jahre immer der Tatsache eingedenk, daß die Freiheit unteilbar ist!

Unteilbare Freiheit

Von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Das Jahr 1960 wird uns vor große und schwere Aufgaben stellen. Wohl haben wir auch im abgelaufenen Jahre manches erreicht. Wir waren in ernstem Maße bedroht, aber wir haben diese bisher ernsteste Bedrohung abwehren können. Die Bedrohung hat Berlin gegolten. Den vereinten Kräften des Westens wird es gelingen, diesen sowjetischen Angriff auf die Freiheit Berlins zurückzuschlagen. Berlin ist zu einem Symbol der Freiheit der westlichen Welt geworden.

Es war alle diese Jahre hindurch das Wesen unserer Politik, das Bündnis Deutschlands mit den freien Nationen der

westlichen Welt durch gemeinsame Arbeit und Leistung zu festigen. In diesem Jahre hat dieses Bündnis mit unseren Nachbarn in Europa und unseren amerikanischen Freunden einen Höhepunkt der Bewährung erreicht.

In das neue Jahr gehen wir mit der Hoffnung, daß diese enge Freundschaft uns helfen wird, einen Teil der uns harrenden schweren Aufgaben zu lösen. Wir wissen zwar, daß die akute Bedrohung Berlins zur Zeit abgeschlagen ist. Doch wissen wir auch, daß die Gegenseite uns keine Ruhe gönnen will. Darauf wollen wir uns einstellen, und ich glaube im Na-

150 000 baten um Notaufnahme

Lemmer: Manches konnte im vergangenen Jahr die Hoffnung nicht stärken

Berlin (dpa). In Rundfunkansprachen, Artikeln und Interviews wandten sich zum Jahresende führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an die Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze.

Die Not der Teilung sei im Jahre 1959 größer geworden, erklärte der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, in einer Ansprache über den Norddeutschen Rundfunk. „Manches ist geschehen, das unsere Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes nicht gerade stärken konnte.“ Es sei im vergangenen Jahr eine traurige Gewißheit geworden, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, der mitteldeutschen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung einzuräumen.

Das öffentliche Bewußtsein, daß die Wiedervereinigung notwendig sei und notfalls in langen Jahren politischer Arbeit erungen werden müsse, sei in der Vergangenheit jedoch geringer gewesen als heute. „Unsere Hoffnung gilt der internationalen politischen Entwicklung“, sagte der Minister.

Lemmer gab bekannt, daß in diesem Jahre mehr als 150 000 Menschen aus der Sowjetzone um Notaufnahme in Westberlin und der Bundesrepublik nachgesucht hätten. Insgesamt betrüge die Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge bereits mehr als 2,8 Millionen Menschen. Die Bundesrepublik sei darauf nicht stolz, obgleich dieser Flüchtlingsstrom ein unübersehbares Plebiszit für die Freiheit sei. Lemmer klagte das SED-Regime an, mit allen Mitteln das gesamtdeutsche Bewußtsein zu untergraben und die Einheit des Volkstums zerstören zu wollen.

Rechtens in Berlin

Der Bundesbevollmächtigte in Berlin, Dr. Vockel, erklärte, die Dienststellen des Bundes seien rechtens in Berlin und hätten nirgends und niemals gegen das Viermächtestatut von Berlin verstoßen. Westberlin gehöre zudem nicht, wie von Ostberlin behauptet, zum Territorium der sowjetischen Besatzungszone, sei also kein fremder Boden für Bundesorgane. Der Vorstoß der

Sowjets, so führte Vockel aus, der mit ihrer Note vom 27. November 1958 begann und die Westmächte aus Berlin verdrängen wollte, sei mißglückt. Die Schützenhilfe des Zonenregimes habe in der sich ständig steigenden Propaganda gegen die Anwesenheit von Bundesbehörden in Berlin bestanden.

Keine Wunderlösung

Keine der internationalen Konferenzen werde eine Wunderlösung hervorzaubern, schrieb SPD-Vorsitzender Ollenauer in einem Ausblick zur Jahreswende im Pressedienst seiner Partei.

Die Hoffnung der Deutschen könne nur einem Erfolg der Bemühungen um Abrüstung und Entspannung gelten. Ollenauer forderte einen eigenen deutschen Beitrag für eine dauerhafte und vertretbare Regelung der Berlinfrage und für die wenigstens schrittweise herbeizuführende Lösung der Deutschlandfrage.

„Braver Berater“

„Falls man mich um Rat angeht, will ich immer ein braver Berater sein“, sagte Altbundespräsident Heuss in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen, in dem er sich betont zurückhaltend über seine eigene Rolle in der Zukunft und über politische Probleme äußerte. Für die Innenpolitik empfahl Heuss mehr gegenseitige Achtung.

Spaltung stört Verständigung

Ohne freie Wiedervereinigung kein gutes Verhältnis zu Moskau

Bonn (upi). Bundeskanzler Adenauer erklärte, zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion werde niemals ein gutes Verhältnis bestehen können, solange Moskau die Wiedervereinigung in Freiheit nicht zulasse. Trotzdem werde die Bundesregierung aber auch im kommenden Jahre ihre Bemühungen fortsetzen, das Verhältnis zwischen beiden Staaten, wo es immer nur möglich sei, zu verbessern. Der Bundeskanzler unterstrich erneut die Bedeutung, welche die Bundesregierung und der Westen einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung als Mittel zur Erreichung einer Entspannung beimäßen.

In einem Interview mit der in Bonn erscheinenden „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ zum Jahreswechsel verwies Adenauer auf die östliche Propaganda, die man nur noch als „Hetze“ bezeichnen könne, und die die Verbesserung der Beziehungen zu Moskau sehr schwierig mache. Der Bundeskanzler betonte, die Bundesrepublik werde im kommenden Jahr weiter die Unterwanderungsversuche von seiten der Sowjetzone mit aller Schärfe

verhindern. Auch in der Außenpolitik werde sie ihre Festigkeit gegenüber dem Osten bewahren.

In diesem Zusammenhang betonte Adenauer, daß die Bundesregierung die Bewaffnung der Bundeswehr keinesfalls als „Privatwunsch zur Erreichung nationaler Ziele“ betrachte. „Die Bundesregierung wäre froh“, sagte Adenauer, „wenn durch ein Abkommen, das die Sicherheit für die freie Welt ebenso wie für die Staaten des Ostens schaffen würde, ein radikaler Abbau der Rüstung erfolgen könnte. Die Sowjetregierung weiß, daß sie nur den Voraussetzungen für eine solche Abrüstung zuzustimmen braucht, um damit auch die Abrüstung der Bundesrepublik herbeizuführen.“

Auf die innenpolitischen Fragen eingehend, erklärte der Regierungschef, wenn es gegenwärtig überhaupt eine Gefahr für die Stabilität der Wirtschaft und Währung in der Bundesrepublik gebe, dann sei sie in ungerechtfertigten Preis- und Lohnerhöhungen zu sehen.

Nur in Eibau?

DT. In den Ortsgruppen der Sowjetzonen-CDU wird, wie es in der kommunistischen Funktionärsprache heißt, „falsch diskutiert“. Bei den Jahreshauptversammlungen in verschiedenen Zonen-Städten ist die Frage der Wiedervereinigung angeschnitten worden. Dabei haben sich, wie die Ostberliner „Neue Zeit“ gestern berichtete, „Parteimitglieder von wohlklingenden Worten beeinflussen lassen, die man in Bonn über das unteilbare Deutschland gebraucht“. Am härtesten scheint in Eibau im sächsischen Kreis Löbau diskutiert worden zu sein. Dort hatte ein Parteimitglied den Verständigungswillen des Zonenregimes aus dem einfachen Grunde bezweifelt, weil die Bundesregierung in Zonenpresse und -rundfunk dauernd beschimpft wird. Was sagen solche Äußerungen? Selbst die Funktionäre des Regimes in Mitteldeutschland glauben Pankow nicht mehr, wenn es „Wiedervereinigung“ heuchelt. Es ist deutlich zu erkennen, seit wann dieser Schock einen Teil der Funktionäre erfaßt hat: seit das Regime sich zum Zeichen des eigenen Standes eine „Staatsflagge“ zugelegt hat.

Es muß sehr ernst um diese Stimmung stehen, denn das kommunistische Organ wendet viel Druckerschwärze auf, um den „lieben Freunden“ das Gegenteil zu suggerieren. Dabei eifert es sich so, daß es sich sogar der These des Kuratoriums Unteilbares Deutschland bedient, die sogenannte „DDR“ habe alle Tore für die verständigungsbereiten Kräfte aufgemacht. Wer aber, nur um seine Existenzberechtigung nachzuweisen, dauernd andere verdächtigt und Zwischenfälle provoziert, kann nicht erwarten, als Wegbereiter der deutschen Einheit bezeichnet zu werden.

Wir stellen diese Besinnungsmerkmale mit Genugtuung fest. Die Fragen der mitteldeutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung werden ebenso wenig verstummen wie im Westen, Süden und Norden unseres Vaterlandes. Nur die werden darauf keine Antwort wissen, die diese Einheit mit allen Kräften zu hintertreiben suchen — die Statthalter Moskaus, die zwischen Elbe und Oder sitzen.

Paris: Keine Konzessionen

Couve de Murville sprach zur Deutschlandfrage im Parlament

R. Paris (Eigenbericht). Außenminister Couve de Murville zog vor der französischen Nationalversammlung eine Bilanz der NATO-Konferenz und des westlichen Gipfeltreffens in Paris. Ohne übertriebene Hoffnungen auf das geplante Gespräch mit Chruschtschow zu setzen, entwickelte er doch einen maßvollen Optimismus. In der anschließenden Debatte der Nationalversammlung wurde zum Teil sehr heftige Kritik an der französischen Außenpolitik geübt.

Zur deutschen Frage erklärte der französische Außenminister: „Die Russen wollen Friedensverträge mit“ zwei deutschen Staaten und die Bildung einer Freien Stadt Westberlin. Damit würde das kommunistische Regime der Ostzone gefestigt und die Bundesrepublik vom Westen losgelöst. Das würde bedeuten, daß das Gleichgewicht, das nach dem Kriege in Europa nur mühsam wiederhergestellt werden konnte, zerstört würde.“ Dann legte der Außenminister die französische Haltung fest: „Wenn wir auch nicht die Mittel haben, die deutsche Frage zu lösen, wollen wir doch keineswegs die Rechte für die Zukunft preisgeben.“

Hinsichtlich der sowjetischen Politik äußerte sich der Außenminister zurückhaltend. Er sagte: „Wenn auch die Ent-

spannung sich auf vielen Gebieten äußert, so liegt doch kein Anlaß vor, von einem Einlenken der Sowjets im Sinne einer wirklichen Annäherung zu sprechen. Vielleicht wird es möglich sein, durch ein begrenztes Abkommen die Berliner Frage zu regeln, ohne unsere Grundrechte aufzuheben.“

In der Debatte kritisierten die Abgeordneten vor allem de Gaulles Außenpolitik. Die Idee von einer „dritten Macht“, die die Regierung für Europa entwickelt habe, laufe auf „eine Art Neutralismus“ hinaus, sagte der Abgeordnete Schumann. Indem die Regierung den französischen Nationalismus wieder belebe, riskiere sie auch, den Nationalismus in anderen Ländern wieder zu erwecken und sabotiere damit den Gedanken eines politisch geeinten Europas.

Chruschtschow rügt Genossen

Ernteverluste vor dem Zentralkomitee — „Schlecht organisiert“

Moskau (dpa/upi). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat in einer Rede vor dem Zentralkomitee der sowjetischen KP den Ministerpräsidenten und den Parteichef von Kasachstan, Kunajew und Beljajew, scharf kritisiert. Der sowjetische Ministerpräsident warf den beiden führenden sowjetischen Politikern vor, durch schlechte Organisation den Verlust eines Teils der Getreidernte in Kasachstan, der zweitgrößten Sowjetrepublik, verschuldet zu haben.

„Der Boden in Kasachstan wurde vernachlässigt“, erklärte Chruschtschow. „Viel Arbeit wurde bei der Produktion von Maschinen aufgewandt sowie beim Pflügen der Felder, beim Säen und bei der Pflege des Getreides — und ein Teil der Ernte verkam. Dies konnte nur

geschehen, weil die Arbeit schlecht organisiert war.“

Mit dem Gesamtergebnis der landwirtschaftlichen Produktion zeigte sich Chruschtschow jedoch zufrieden und wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Milch-erzeugung sowie der Pro-Kopf-Produktion an Butter erstmals überholt worden seien.

Papst empfängt Adenauer

Rom (upi). Bundeskanzler Adenauer wird am 22. Januar von Papst Johannes XXIII. empfangen werden, wie am Donnerstag vom Vatikan bekannt wurde. Adenauer stattet Rom vom 19. bis 22. Januar einen Besuch ab, um politische Gespräche mit der italienischen Regierung zu führen.

Dibelius: Wir müssen miteinander leben

Neujahrsbotschaften kirchlicher und weltlicher Würdenträger

Berlin (Eigenbericht/upi/dpa/ap). Die höchsten Würdenträger der christlichen Kirchen in Berlin haben am Neujahrstag an die Bevölkerung der zweigeteilten Stadt appelliert, voll Vertrauen und Zuversicht in die Liebe Gottes in das neue Jahr zu gehen.

Die unlösliche Verbundenheit des Friedens mit der Freiheit betonte der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dibelius, in seiner Neujahrspredigt in der Ostberliner Marienkirche. Die Menschen könnten nur in Frieden miteinander leben, „und das ist auch das große Ziel für das kommende Jahr“, sagte der Bischof. Die Menschen müßten lernen, nicht nur nebeneinander, sondern miteinander zu leben; das sei nur möglich, wenn jeder vor der Freiheit des anderen Achtung hat. „Keine Macht der Welt hat das Recht, sich mit Gewalt als Herrin aufzuwerfen über das Fühlen und Denken der Menschen“, erklärte der Berliner Bischof weiter. Der andere sei eine Originalausgabe von dem, was Gott geschaffen hat, und das gelte auch von den Völkern. Deshalb predige die Kirche die Freiheit. Mit Nachdruck wandte sich Dibelius gegen die „ekelhaften antisemitischen Ausschreitungen“ in der Bundesrepublik, worin die „unbewältigte Vergangenheit“ des deutschen Volkes zutage trete.

Dibelius betonte in einer Ansprache über die Berliner Rundfunksender, keine Macht der Welt könne ein und dasselbe Volk in zwei verschiedene Völker aufspalten, wenn dieses Volk sage: wir lassen uns nicht auseinanderreißen. Dibelius wies auf die ungeheuren Umwälzungen hin, die über die ganze Erde gingen und nicht nur politische, wirtschaftliche und technische Veränderungen mit sich brächten, sondern auch Umwälzungen auf dem Gebiet des inneren Lebens der Menschen. Die Landkarte der christlichen Kirchen werde jedenfalls in 30 Jahren völlig anders aussehen als heute. Die Christen sähen dieser ungeheuren Verschiebung nicht ohne Sorge entgegen. Das Scheinchristentum vergangener Tage könne aber ruhig abgeworfen werden. Die Kirche habe die Aufgabe, Gott

die Ehre zu geben im Vertrauen darauf, daß die ewigen Kräfte des Evangeliums sich als unzerstörbar erweisen werden — auch in Deutschland.

Der Christ vertraut

Der katholische Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, wünschte in seiner Neujahransprache den Christen in Deutschland zum Jahresanfang gläubiges Vertrauen. Unsere Zeit mit der sprunghaften Entwicklung der Technik, mit dem Vorstoß ins Weltall und mit der Gärung in vielen Völkern trage unheimliche Züge. Zu ihren Kennzeichen gehöre auch der gigantische Versuch, die Welt gegen Gott zu gestalten und den Gottesglauben auszuhöhlen. In all diesen Stürmen bleibe der Christ innerlich ruhig im Vertrauen auf Gottes Wort. Kardinal Döpfner schloß mit einem besonderen Gruß an „jene, denen es in vielen Bereichen verwehrt ist, als Christen zu wirken“.

Appell Lemmers

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, forderte das deutsche Volk in einer Rundfunkansprache auf, auch im neuen Jahr mit allen Kräften seine unauflösliche geistige und politische Einheit zu demonstrieren. Wenn dies nicht geschehe, würden die Sowjets nicht von ihren Versuchen ablassen, „dem deutschen Provisorium einen permanenten Anstrich zu geben“. Es sei außerdem notwendig, so betonte der Bundesminister, der sowjetischen Führung klarzumachen, daß ihre bisherigen Methoden auf ein totes Gleis führten und den Interessen Moskaus schließlich zuwiderliefen.

Der „Geist von Camp David“ wie seinerzeit auch der „Geist von Genf“ könnten und dürften weder zum Nachlassen der Wachsamkeit noch zur Resignation führen. Abschließend versicherte Lemmer, daß die Bun-

desregierung auch im kommenden Jahr keiner Berliner Lösung zustimmen werde, die den gegenwärtigen provisorischen Status der Stadt in irgendeiner Weise noch schmälere.

De Gaulle zuversichtlich

In einer Neujahrtsbotschaft, die in scharfem Kontrast zu seiner „Austerität“-Botschaft vor einem Jahr stand, hat Staatspräsident de Gaulle erklärt, Frankreich erlebe einen neuen nationalen Aufschwung und spiele wieder eine internationale Rolle auf dem Niveau, das es erreichen wollte. Im neuen Jahr wolle sich Frankreich an der Minderung der weltpolitischen Spannung beteiligen und in Erwartung eines vereinigten Europas seine Verbindungen zu den anderen westeuropäischen Staaten vertiefen.

65 v. H. optimistisch

Allensbach (Bodensee (dpa)). Die Deutschen in der Bundesrepublik treten hoffnungsvoll in das neue Jahrzehnt ein, optimistischer als irgendwann zuvor in den letzten zehn Jahren. 65 Prozent antworteten mit „Hoffnungen“, als ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung, wie alljährlich, vom Allensbacher Institut für Demoskopie befragt wurde: „Sehen Sie dem neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ Nur acht Prozent haben Befürchtungen, der Rest wollte sich nicht festlegen.

Pavelic gestorben

Madrid (upi). Im Alter von 70 Jahren ist im deutschen Krankenhaus von Madrid der Präsident des im zweiten Weltkrieg gegründeten „Unabhängigen Staates Kroatien“, Dr. Ante Pavelic, gestorben. Von Beruf Rechtsanwalt, organisierte Pavelic 1929 die kroatische Unabhängigkeitsbewegung Ustascha (Aufstand) und galt als Anstifter des Attentats auf König Alexander im Jahre 1934. Das „Unabhängige Kroatien“, dessen Präsident Pavelic war, verschwand mit dem Ende des Krieges wieder.



BILDER DER WOCHE. Oben: Der Zonengrenzort Schlutup leitet seinen Namen von dem altniederdeutschen „slut up“ her, das heißt auf Hochdeutsch „schließ auf“. Dieser Stein steht an der Stelle, wo die Zonengrenze die Verbindung zwischen den alten Hansestädten Lübeck und Rostock sperrt. — Unten: Aus dem Urwald zur Unabhängigkeitsparade waren am Neujahrstage zahlreiche Eingeborene in die Hauptstadt von Kamerun, Jaunde, gekommen

